



BRIEF AUS BERLIN – NR. 25/2016

Inhalt

Vorwort

Aus dem Bundestag

- + Reg.-Erklärung zum Europäischer Rat
- + Ausweisung von straffälligen Ausländern
- + Meine „Stimme für Vernunft“
- + Integrationsplan
- + „25 wiss. Debatte Politikberatung – TAB“
- + Untersuchungsausschuss „Cum Ex“
- + Netzwerkabend mit Thomas Kralinski
- + Praktikant Jan Zepf

Aus dem Wahlkreis

- + SPD-Bundestagsfraktion vor Ort in Koblenz
- + Aschermittwoch
- + Wahlkampf mit Sven Gerich
- + Wahlkampf SPD Rheingau-Taunus
- + Pressemitteilungen
- + Termine

Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

die europäischen Länder ziehen nicht an einem Strang, wenn es um die Lösung der gewaltigen Herausforderungen durch die Flüchtlingsbewegungen geht. Es muss aber allen Beteiligten klar sein, dass nur gemeinsame Lösungen aller EU-Staaten eine nachhaltige und gerechte Lösung ermöglichen. Dafür hat die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung vor den Verhandlungen im Europarat geworben. Eine Einigung mit Großbritannien ist wichtig, sollte aber nicht die weitere Integrationsfähigkeit und Solidarität in Europa in Frage stellen. Deshalb ist für uns keine Einigung vorstellbar, die einzelnen Nicht-Euroländern ein Vetorecht gegen weitere Integrationschritte der Eurozone zuspricht.

Mit dem Asylpaket soll mehr Ordnung bei der Aufnahme von Flüchtlingen, schnellere Asylverfahren und eine raschere Rückführung von Menschen, die kein Bleiberecht haben, erreicht werden. Auch leichtere Abschiebung bei Straffälligkeit soll das Gesetz erleichtern. Das parlamentarische Verfahren zum Gesetz wurde diese Woche eröffnet.

Mit der Aktion „Deine Stimme für Vernunft“ des SPD-Parteivorstands wollen wir zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern ein Zeichen für Menschlichkeit und friedliches Miteinander setzen.

Seit 25 Jahren unterstützt das Büro für Technikfolgeabschätzung am Deutschen Bundestag die Parlamentarier mit wissenschaftlicher Expertise. Diese Woche wurde dies im Plenum thematisiert.

Damit die Integration der Flüchtlinge in Deutschland gelingen kann, müssen gute Bildung, gute Arbeit und bezahlbarer Wohnraum bereit stehen. Mit dem Integrationsplan der SPD wollen wir das schaffen. Ein Untersuchungsausschuss soll die genannten „cum ex“-Geschäfte, mit denen Steuerbetrug möglich war, näher beleuchten. Die Opposition forderte die Einsetzung des Gremiums.

Der Donnerstag in Sitzungswochen ist dem Netzwerkabend vorbehalten. In dieser Woche wurden die Beziehung zwischen Bund und Ländern thematisiert. Gast war der Bevollmächtigte des Landes Brandenburg beim Bund, Staatssekretär Thomas Kralinski, Staatssekretär der Staatskanzlei des Landes Brandenburg.

Seit Beginn dieser Woche absolviert Jan Zepf aus Idstein im Rheingau-Taunus-Kreis sein Praktikum in meinem Berliner Büro. Jan sammelt Eindrücke aus dem parlamentarischen Betrieb und stellt sich vor.

Nun wünsche ich Euch/Ihnen eine angenehme Lektüre und ein schönes Wochenende!

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Martin Rabanus', with a stylized flourish at the end.

Martin Rabanus, MdB

Flüchtlingskrise: Regierungserklärung und EU-Gipfel



CONSILIUM

Die Europäische Union steht vor entscheidenden Monaten. Am 18. und 19. Februar tagt in Brüssel der Europäische Rat, der Kreis der Staats- und Regierungschefs. Es geht vor allem darum, eine gemeinsame Linie in der Flüchtlingspolitik zu finden, aber auch um einen Verbleib Großbritanniens in der Europäischen Union. Vor dem EU-Gipfel gab die Bundeskanzlerin am Mittwoch eine [Regierungserklärung](#) im Bundestag ab. Während der Debatte verdeutlichten sowohl Angela Merkel wie auch [SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann](#), dass sie darauf setzen, dass sich die EU mit Großbritannien einigt, denn bei allen grundsätzlichen Vorbehalten gegenüber Sonderrechten sei eine Europäische Union ohne Großbritannien nicht vorstellbar. Es würde die EU innenpolitisch schwächen und die außenpolitische Bedeutung Europas herabsetzen.

Im Hinblick auf die Flüchtlingssituation sprach Angela Merkel von einer historischen Bewährungsprobe. Vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Thomas Oppermann erhielt sie Rückendeckung. „Auch wenn die Koalition der Willigen in Europa zur Zeit nicht groß ist, darf dies nicht zu Alleingängen führen“, warnte Oppermann. „Es

darf nicht sein, dass sich alle in Europa in einseitige Maßnahmen flüchten, nach dem Motto: Rette sich wer kann. Denn durch nationale Alleingänge wird nichts in Europa besser!“. Zum Mindestprogramm gehören eine schnelle Einsatzfähigkeit eines gemeinsamen Grenz- und Küstenschutzes, die klare Zusage von drei Milliarden Euro für die Türkei sowie mittelfristig ein zweistelliger Milliardenbetrag aus dem EU-Haushalt im Kampf gegen Fluchtursachen. Die europäischen Außengrenzen müssten notfalls auch mit Hilfe der Türkei gesichert werden, auch wenn die Zusammenarbeit mit der Türkei schwierig sei.

Ohne [Horst Seehofer](#) namentlich zu nennen, watschte Thomas Oppermann ihn heftig ab. Es sei grober Unfug gewesen, Deutschland als einen Unrechtsstaat zu bezeichnen. Damit verunsichere er die Bürgerinnen und Bürger im [AfD](#)-Stil. Die Rechtslage sei eindeutig: Deutschland dürfe und müsse nach geltendem europäischem Recht Flüchtlinge aufnehmen, registrieren und versorgen. Es sei auf jeden Fall keine gute Idee, die AfD zu bekämpfen, indem man sie imitiere.

Die AfD sei dabei, sich unaufhaltsam zu radikalisieren. Diese Partei sei keine Alternative für Deutschland, sondern eine Schande für Deutschland. Sie wolle Deutschland spalten! Dem müssen wir uns mit aller Kraft entgegenstellen.

Mehr Ordnung bei der Ausweisung von straffälligen Ausländern



Mehr Ordnung bei der Aufnahme von Flüchtlingen, schnellere Asylverfahren und eine raschere Rückführung von Menschen, die kein Bleiberecht haben – das sind die Ziele des Gesetzes zur Einführung beschleunigter Asylverfahren. In diesem Zuge soll auch im Rahmen eines zweiten Gesetzentwurfs die Ausweisung straffälliger Ausländer erleichtert werden: Straftaten gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit, die sexuelle Selbstbestimmung, das Eigentum oder der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte begründen zukünftig ein schwerwiegendes Ausweisungsinteresse – sofern ein Ausländer hierfür zu einer Freiheits- oder Jugendstrafe (unabhängig von deren Höhe) verurteilt wurde. Dies soll auch dann gelten, wenn die Strafe zur Bewährung ausgesetzt wurde. Bislang konnten straffällig gewordene Ausländer nur dann ausgewiesen werden, wenn die verhängte Freiheitsstrafe mindestens ein Jahr betrug. Allerdings erfolgt dabei auch stets eine Einzelfallabwägung aller Interessen. Zudem sieht der Gesetzentwurf vor, dass Asylbewerbern, die Straftaten begehen, trotz Vorliegen von Fluchtgründen nunmehr leichter als bislang die rechtliche Anerkennung als Flüchtling entzogen werden kann.

Meine „Stimme für Vernunft“



Für die aussagekräftige Kampagne „Meine Stimme für Vernunft“ der SPD setzen sich mittlerweile viele Menschen und bekannte Persönlichkeiten ein, darunter u.a. Iris Berben, Udo Lindeberg, Senta Berger, Klaas Heufer-Umlauf und viele mehr. Im Aufruf heißt es:

„Deutschland darf nicht weiter gespalten werden. Unser Land braucht wieder mehr Zusammenhalt, nicht Hass und Gewalt. Ich erhebe meine Stimme für Vernunft und gegen Radikalisierung, Ausgrenzung und Hetze. Ich will, dass sich alle Menschen in Deutschland an Recht und Gesetz halten. Das gilt für Gewalt gegen Frauen ebenso wie für Gewalt gegen Minderheiten. Wer zu uns kommt wird respektiert – und muss auch unsere Gesetze und Kultur respektieren. Ich stehe ein für ein menschliches und ein sicheres Deutschland. (...) Politische Kräfte, die Öl ins Feuer gießen, lehne ich ab. Denn sie spalten unsere Gesellschaft und schaden unserem Land. Ich will in meinem persönlichen Umfeld dazu beitragen, dass Vorurteile abgebaut werden und die Vernunft wieder die Oberhand gewinnt.“

Nähere Informationen zur Kampagne gibt es unter:

www.spd.de/meine-stimme-fuer-vernunft/.

Mit dem Integrationsplan der SPD für ein gutes Leben aller in Deutschland sorgen



Im Kontext des verhandelten Asylpakets II müssen wir – nachdem wir bislang unseren Fokus auf die Sofortmaßnahmen gelegt haben – nun rasch die notwendigen Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich die neu ankommenden Menschen in Deutschland schnell integrieren können.

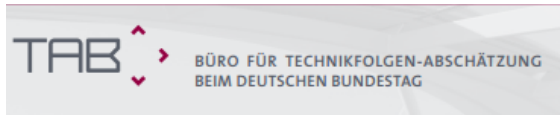
Mit dem maßgeblich von Ministerpräsidentin Malu Dreyer ausgearbeiteten Plan hat die SPD hierzu bereits vor über zwei Monaten einen wegweisenden Vorschlag vorgelegt, der zwölf Punkte zur besseren Integration in Deutschland umfasst. Zum ersten Mal gab es damit in Deutschland ein in sich geschlossenes Konzept, um Flüchtlinge zu integrieren. Mit dem Plan sollen vor allem auch mehr Bildungschancen für Flüchtlinge geschaffen werden. Dafür müsste jedoch das Kooperationsverbot von Bund und Ländern fallen. Das bedeutet, dass der Bund sich stärker in Schule und Hochschule einmischen soll, was bislang Länderhoheit ist. Dies scheitert jedoch an der CDU.

Nun gilt es in erster Linie dafür zu sorgen, mit der Union zügig die konkrete Umsetzung eines Integrationspakets zu vereinbaren und die notwendigen Maßnahmen auch finanziell im Bundeshaushalt 2017 zu verankern

Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ wollen wir Sozialdemokraten die richtigen Anreize setzen, damit Integration gelingt: Wer nach drei Jahren Deutsch gelernt hat und eine Ausbildung macht oder Arbeit gefunden hat, der soll auch schneller ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen. Wer sich dagegen nicht anstrengt, muss wieder in sein Heimatland zurückkehren – sofern es die Sicherheitslage erlaubt. Damit ein solches „Fördern und Fordern“ aber überhaupt umgesetzt werden kann, muss der Bundesinnenminister endlich dafür sorgen, dass ausreichend Sprach- und Integrationskurse angeboten werden.

Wenn wir für gute Bildung, gute Arbeit und bezahlbares Wohnen für alle sorgen, schaffen wir es auch, dass unser Land zusammenhält. Deshalb wäre es fatal, Neuankommende gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszuspielen, die schon länger in unserem Land sind. Genau darauf wäre jedoch der Vorschlag der CDU hinausgelaufen, da der Mindestlohn für Flüchtlinge ausgesetzt werden sollte. „Lohn-dumping für Flüchtlinge“ wäre aber ein gefährlicher Keil, der unsere Gesellschaft spaltet – und das können wir nicht zulassen!

25 Jahre Technikexpertise im Bundestag -TAB



Seit 1990 gibt es das Büro für Technikfolgenabschätzung (TAB) beim Deutschen Bundestag. Die Expertise der Wissenschaftler und Forscher dieser Institution unterstützen den Deutschen Bundestag in seiner Arbeit – vor allem dann, wenn geplante Politikentscheidungen neue bzw. wenig erforschte Technologien betreffen. Hauptaufgabe des TAB ist es, die Parlamentarier bei der Abwägung von Chancen und Risiken wissenschaftlich-technologischer Entwicklungen und notwendige oder mögliche Handlungsoptionen des Parlaments zu beraten.

Die Bandbreite der vom TAB bearbeiteten Themen ist ebenso vielfältig wie die Politikfelder des Deutschen Bundestages. Wissenschaftliche Beratungsarbeiten des TAB wurden bereits in den Feldern Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit, Information und Kommunikation, Verkehr, Gesundheit, Sicherheit und Arbeit angefertigt. Aktuelle Untersuchungen laufen zu Altern, Automatisierung und Ressourcenmanagement. Seit seiner Gründung hat das TAB 200 Technikfolgenanalysen vorgelegt. Der Erfahrungs- und Meinungsaustausch zwischen Öffentlichkeit, politischen Entscheidungsträgern und Wissenschaftlichen Experten soll in der Arbeit des TAB zukünftig mehr Raum einnehmen.

Untersuchungsausschusses zu Cum-Ex-Geschäften eingesetzt



Der Deutsche Bundestag hat die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Praxis der sogenannten Cum-Ex-Geschäfte zwischen 1999 und 2012 beschlossen.

Bei diesen Cum-Ex-Geschäften wurden Aktien rund um den Dividendenstichtag sehr rasch gekauft und verkauft. Damit konnten sich verschiedene Anleger für dieselbe Aktie ungerne gerechtfertigt Kapitalertragssteuer erstatten lassen. Aufklärungsgegenstand des Untersuchungsausschusses soll sein, wieso diese Geschäfte nicht früher unterbunden wurden, wie hoch der entstandene Schaden ist, ob sich möglicherweise Kreditinstitute des öffentlichen Sektors an diesen Geschäften beteiligt haben und ob die in 2012 getroffenen Maßnahmen hinreichend sind, um die Praxis in Zukunft zu verhindern. Die SPD-Bundestagsfraktion wird der Frage nachgehen, warum private und öffentliche Banken systematisch daran mitwirkten, dass mehrere Milliarden Euro Steuergelder am Fiskus vorbei geschleust wurden. Die SPD ist schließlich nicht erst seit den Fällen Uli Hoeneß und Alice Schwarzer die treibende Kraft im Deutschen Bundestag beim Kampf gegen Steuerbetrug und Steuerumgehung.

Netzwerkabend mit Thomas Kralinski zur Bedeutung von Bund-Länder-Beziehungen



Diese Woche stand wieder ein Netzwerkabend auf dem Programm, der sich dieses Mal dem Verhältnis von Bund und Ländern bei der Aufgabenverteilung der verschiedenen aktuellen politischen Themen widmete.

Da der ursprünglich eingeladene Gast, der brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke, leider kurzfristig absagen musste, war stattdessen Thomas Kralinski zu Gast. Er ist Staatssekretär und Bevollmächtigter des Landes Brandenburg beim Bund und übernahm für Woidke den geplanten Vortrag „Am Mute hängt der Erfolg: Politik für starke Länder“.

Kralinski stellte zu Beginn seines Vortrags den positiven Wandel Brandenburgs seit der Wiedervereinigung dar. Das Erfolgsrezept der brandenburgischen SPD sei ihr Zusammenhalt und die Offenheit für Veränderung. Diese Kompetenzen seien gerade bei den aktuellen Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise sowie dem demografischen Wandel besonders wichtig.

Bei den Bund-Länder-Beziehungen betonte Kralinski, dass die Länder und Kommunen die

Hauptakteure bei der Aufgabe der Integration seien und dementsprechend vom Bund finanzielle und personelle Unterstützung zur Bewältigung dieser Herausforderung benötigen.

Insgesamt ist Kralinski aber stolz auf die geordnete Aufnahme von Flüchtlingen und dem Engagement der Bürger Brandenburgs. Dieses sei enorm wichtig, da Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt für das eher dünn besiedelte Brandenburg eine riesige Chance sei, dem stark ausgeprägten demografischen Wandel sowie dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Als Ziel für die Zukunft gab Kralinski an, durch die Politisierung vieler Menschen durch die Flüchtlingskrise besonders die unentschlossene Mitte der Bevölkerung zu überzeugen und möglichst viel auf der bürgernäheren Kommunal- und Landesebene zu lösen.

Unser neuer Praktikant: Jan Zepf



Hallo! Mein Name ist Jan Zepf und ich bin 19 Jahre alt. Ich komme aus der schönen Stadt Idstein im Rheingau-Taunus-Kreis, dem Wahlkreis von Martin Rabanus.

Nach dem Abitur im Sommer 2015 habe ich eine Zeit lang ein Praktikum in einer Anwaltskanzlei in London absolviert. Jetzt freue mich sehr auf mein Praktikum im Abgeordnetenbüro von Martin Rabanus in Berlin. Ich habe mich schon immer sehr für Politik interessiert und bin daher äußerst gespannt, hinter die Kulissen der politischen Arbeit im Bundestag zu schauen. Besonders freue ich mich, Plenarsitzungen zu verfolgen und Martin Rabanus bei seinen Ausschusssitzungen im Bereich Bildung und Forschung zu begleiten.

Nach diesem Praktikum beginne ich Jura zu studieren und kann in das Studium hoffentlich viele interessante Eindrücke aus meiner Zeit bei Herrn Rabanus mitnehmen.

Jan Zepf

SPD-Bundestagsfraktion vor Ort in Koblenz



"Gleiche Chancen auf gute Bildung" - das war vergangene Woche Thema beim Bürger/-innendialog SPD-Bundestagsfraktion vor Ort, zu dem mein Bundestagskollege Detlev Pilger u.a. mich als Referenten geladen hatte. Gemeinsam mit der Koblenzer Schuldezernentin Margit Theis-Scholz sowie dem Staatssekretär für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demographie David Langner diskutierten wir vor einem interessierten Publikum über gute Bildung als Schlüssel für wirtschaftliche und gesellschaftliche Teilhabe. Sie ist Grundvoraussetzung für Chancen auf Arbeit und sozialen Aufstieg, gesellschaftliche Partizipation und selbstbestimmte Lebensgestaltung. Ein gerechtes Bildungssystem stärkt den sozialen Zusammenhalt und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes. Doch Bildungschancen sind in Deutschland noch immer ungleich verteilt. Viel zu oft entscheiden die soziale Herkunft und finanzielle Möglichkeiten über den Bildungsweg junger Menschen. Gleichzeitig erhält Bildung vor dem Hintergrund von Globalisierung, Digitalisierung und Flexibilisierung im gesamten Lebensverlauf einen immer höheren Stellenwert.

Die SPD tischt am Aschermittwoch Fisch auf



Auch dieses Jahr fanden am Aschermittwoch wieder eine Reihe von SPD-Ortsvereinen organisierte Fischessen statt.

Dieses Jahr war ich zu Gast in Hohenstein und Heidenrod – beide Veranstaltungen waren wieder mal ein voller Erfolg. Nicht nur waren die Veranstaltungen sehr gut besucht, auch die angebotenen Leckereien trugen ihren Teil zu einem gelungenen Abendprogramm bei. Fischliebhaber kamen natürlich besonders auf ihre Kosten, aber auch für alle, die es weniger „pur“ mochten, war etwas dabei. Jung und Alt saßen hier gemeinsam an einem Tisch und aßen gemeinsam leckeren Fisch während angeregt über verschiedenste Themen diskutiert wurde. Ein beherrschendes Thema war der Wahlkampf und die bevorstehenden Kommunalwahlen am 06. März.

Wahlkampf im Rheingau-Taunus-Kreis



Am 6. März wird im Rheingau-Taunus-Kreis ein neuer Kreistag gewählt.

Wir konnten in den letzten Jahren vieles bewegen und haben erreicht, dass unser Kreis zu den erfolgreichsten Landkreisen in Hessen gehört. In den wichtigen Bereichen Arbeitsmarkt, Kita-Plätze und Sicherheit liegen wir sogar auf Platz 1 und 2! Wir möchten diese erfolgreiche Politik fortsetzen. Denn auch in den nächsten 5 Jahren möchten wir als SPD wieder viel für die Menschen in unserem Kreis erreichen. Gemeinsam mit unserem Landrat Burkhard Albers möchten wir dafür sorgen, dass alle Schulkinder mit Ganztagsbetreuung ein schmackhaftes, gesundes Schulessen aus regionalen Produkten erhalten. Wir wollen hessenweit Platz 1 bei Kita-Plätzen bleiben und mehr auf die Bedürfnisse junger Familien eingehen. Das bedeutet auch, dass wir dafür sorgen, dass es bei uns mehr bezahlbare Wohnungen gibt. Wohnraum darf kein Luxus sein!

Wir haben schon viel erreicht, es gibt aber auch noch viel zu tun! Deshalb: SPD wählen damit der Rheingau-Taunus auf gutem Kurs bleibt.

Wahlkampf Limburg und Bad Camberg



Vergangenes Wochenende war ich beim Straßenwahlkampf im Altkreis Limburg und traf auch hochmotivierte Genossinnen und Genossen. In der Limburger Altstadt am Neumarkt informierte ein Team motivierter SPD-Helfer über die bevorstehende Kommunalwahl. Denn eins ist klar: Nachdem die SPD in Limburg die letzte Bürgermeisterwahl für sich entscheiden konnte und nun Marius Hahn schon seit Dezember des vergangenen Jahres amtierender Bürgermeister in Limburg ist, kämpft die SPD vor Ort für eine Mehrheit für Marius Hahn, damit er Limburg voran bringen kann.

Einen ebenso erfolgreichen Termin gab es in Bad Camberg. Zusammen mit dem Wiesbadener Oberbürgermeister Sven Gerich haben wir nicht nur Straßenwahlkampf gemacht, sondern auch einen Standort für Windenergieanlagen besucht.

Pressemitteilungen

18.02.2016

[SPD erreicht mehr Gleichwertigkeit für die berufliche Aufstiegsfortbildung](#)

15.02.2016

[Otto-Wels-Preis für Demokratie](#)

08.02.2016

[Girl's Day 2016](#)

03.02.2016

[Martin Rabanus: Bund fördert Sprachkitas](#)

Termine

19.02.2016

19:00 – Parteitag der SPD Limburg-Weilburg in Bad Camberg

20.02.2016

08.15 – Verteilaktion vor Bäckereien in Idstein-Wörsdorf

09.30 – SPD-Infostand in der Fußgängerzone Idstein

11.00 – SPD-Infostand vor dem Edeka in Taunusstein-Wehen

12.15 – SPD-Infostand vor dem Rathaus Bad Schwalbach

21.02.2016

11:00 – Rhein-Schiffahrt der SPD Oestrich-Winkel

15:00 – Senioren-Kaffee der SPD Hünstetten

Termine in kursiv sind öffentlich